



Plattform:
**Keine Zerschlagung
der Sozialversicherung**



Sozialversicherung:

Lügen haben Kurz, Hartinger-Klein, Strache als Beine

Belastungsmilliarde statt "Patientemilliarde"

Kurz und Strache haben bei der Präsentation der "Sozialversicherungsreform" Mitte September behauptet, die Zusammenlegung brächte 1 Milliarde, die den Patienten zugute kommen würde. 2 Wochen später ist klar: Die Zusammenlegung der Gebietskrankenkassen (GKKs) kostet 1,1 bis 1,5 Milliarden. Mit der Zentralisierung der GKKs zur ÖGK erfolgt die Zerstörung der regionalen Gesundheitsversorgung! Bei den Patienten wird es zu Leistungskürzungen kommen. Und das ist erst der Anfang der Belastungen für Arbeiter- und Angestelltenversicherte. Während die Kassen der Beamten, Bauern und Selbständigen und ihre hohen und höheren Leistungen bestehen bleiben und auch Beamte, Bauern und Selbständige in "ihren" Kassen weiter selbst bestimmen dürfen was wofür ausgegeben wird, wird die Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten (GKKs) in die "Österreichische Gesundheitskasse" (ÖGK) zentralisiert, die Leistungen aber NICHT harmonisiert, d.h. NICHT an die Höhe der Leistungen der Beamten, Bauern und Selbständigen angeglichen und bestimmen in Zukunft nicht mehr die Vertreter der Arbeiter und Angestellten über ihre Versicherungsgelder, sondern zu 50% die Unternehmer mit, die dort gar nicht versichert sind. Das ist eine Verstümmelung der Selbstverwaltung! Damit ist die Selbstverwaltung (Selbstbestimmung der Arbeiter- und Angestelltenvertreter) in den Kassen der Arbeiter und Angestellten praktisch abgeschafft. Das hat gravierende Folgen darauf, welche und wieviel Leistungen Arbeiter und Angestellte zugesprochen bekommen. Denn es macht einen Unterschied ob Vertreter der Arbeiter und Angestellten oder Unternehmervertreter darüber entscheiden. Weiters wird die Beitragsprüfung der GKKs vom Finanzministerium übernommen. Dazu muss man wissen, dass die GKKs prüfen, ob jemand auch richtig angemeldet und eingestuft ist. Das Finanzamt interessiert das nicht. Davon profitieren die Unternehmer, den Schaden haben die Arbeiter und

Angestellte durch Einbußen bei Gehalt und Pension. Das alles entspricht den schon seit langem von Industriellenvereinigung und Wirtschaftskammer geforderten Einfluss auf die Gelder der Arbeiter- und Angestelltenversicherten. Durch diese "Reform" bekommen sie den direkten Zugriff auf 55 Milliarden Euro, das ist das Budget der Krankenkassen (GKKs) und der Pensionsversicherungsanstalt (PVA) der Arbeiter und Angestellten. Das ist der Anfang vom Ende der sozialen öffentlichen Versicherung. Durch diese SV-Reform mit dem Zugriff der Wirtschaft auf unsere Versichertengelder ist der Umverteilung unserer Gelder zu privaten Versicherungs- und Gesundheitskonzernen Tür und Tor geöffnet. Dazu muss man wissen: Derzeit gehen 98% der Einnahmen der Sozialversicherung in die Leistung für Versicherte. Bei privaten Versicherungskonzernen sind es weniger als 70%, sie haben über 30% Verwaltungsaufwand! Warum? Weil mehrere Anbieter am Markt um Versicherte buhlen (horrende Werbekosten), die privaten Vorstände und Direktoren viel mehr sind und viel höhere Bezüge haben als im Sozialversicherungsbereich, Versicherungsprämien für die Aktionäre Gewinn abwerfen müssen, bei der Sozialversicherung, dem größten Non-Profit-Betrieb Österreichs, nicht, usw. 30% mehr Verwaltungskosten bedeutet weniger Leistung bei den Patienten. Das gefährdet den sozialen Schutz bei Krankheit, Unfall und im Alter!. Denn private Konzerne versichern nicht alle Krankheiten und kündigen Versicherte, wenn sie zu oft, zu lange oder sogar, wenn sie schwer krank sind. Das private Versicherungsgeschäft geht über Leichen. Dem leistet die Sozialversicherungs-Zerschlagung der Regierung letztlich lebensgefährlichen Vorschub.